

Stenographischer Bericht

1. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

VIII. Periode — 12. November 1974

Inhalt:

Personalien:

Berufung von 4 Abgeordneten als vorläufige Schriftführer (1);

Angelobung der Abgeordneten (1).

Wahlen:

Wahl des Präsidenten des Steiermärkischen Landtages (2).

Redner: Landeshauptmann Dr. Niederl (2).

Wahl des Zweiten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages (2).

Redner: Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (2).

Wahl des Dritten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages (3).

Redner: Landeshauptmann Dr. Niederl (3).

Wahl der Schriftführer und Ordner (3).

Wahl des Landeshauptmannes (6).

Redner: Landeshauptmannstellvertreter Wegart (3), Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian (3), Abg. Ing. Turek (4).

Wahl der übrigen Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung (6).

Redner: Abg. Simon Koiner (6), Abg. Hans Brandl (6), Landeshauptmann Dr. Niederl (6).

Wahl der Bundesräte (11).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hohes Haus! Nach der Landtagswahl am 20. Oktober 1974 beginnt mit der heutigen Sitzung die VIII. Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages.

Gemäß § 11 Abs. 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 hat der Präsident des bisherigen Landtages den neugewählten Landtag einzuberufen, die Angelobung der Abgeordneten durchzuführen und die Wahl des Vorstandes des neuen Landtages zu leiten.

Ich eröffne somit die 1. Sitzung des neuen Landtages und begrüße alle anwesenden Abgeordneten.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Landtag vertretenen Parteien berufe ich gemäß § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer die Abgeordneten:

Ritzinger, Lind, Brandl und Mag. Hartwig.

Gemäß § 11 Abs. 3 des Landes-Verfassungsgesetzes und § 6 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages hat jeder Abgeordnete in der ersten Landtagssitzung, an der er teilnimmt, unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten zu geloben.

Ich ersuche nun den Schriftführer Abg. Ritzinger zu mir heraufzukommen, die Angelobungsformel und sodann die Namen der Abgeordneten zu verlesen. Die Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens die Angelobung durch die Worte „Ich gelobe“ zu leisten.

Die Damen und Herren des Hohen Hauses bitte ich, sich zu diesem Zwecke von den Sitzen zu erheben.

(Verlesung der Angelobungsformel und der Namen der Abgeordneten durch Abg. Ritzinger)

Mit den Worten „Ich gelobe“ leisten folgende Abgeordnete die Angelobung:

Aichholzer Friedrich, Bischof Julie, Brandl Hans, Buchberger Rupert, Dr. Dorfer Leopold Johann, Dipl.-Ing. Dr. Eberdorfer Siegfried, Prof. Dr. Eichtinger Karl, Feldgrill Franz, Fellingner Johann, Dipl.-Ing. Fuchs Hans Georg, Gratsch Walter, Gross Hans, Haas Alexander, Prof. Hartwig Traute, Heidinger Gerhard, Dr. Heidinger Helmut, Ileschitz Franz, Jamnegg Johanna, Karrer Hans, Klobasa Alois, Koiner Simon, Univ.-Prof. Dr. Koren Hanns, Lackner Karl, Laurich Harald, Lind Josef, Loidl Josef, Dr. Maitz Karl, Marczik Adolf, Neuhold Johann, Nigl Anton, Dr. Piaty Richard, Pichler Simon, Pörtl Erich, Pranchk Georg, Premberger Anton, Ritzinger Hermann, Dipl.-Ing. Schaller Hermann, Schön Willibald, Schrammel Josef, Sebastian Adalbert, DDr. Stepantitsch Gerd, Ing. Stoisser Hans, Dr. Strenitz Dieter, Trummer Franz, Ing. Turek Klaus, Wimmeler Karl, Zinkanell Josef, Zoifl Peter.

Damit haben alle anwesenden Abgeordneten die Angelobung geleistet.

Die im § 22 der Landesverfassung und im § 7 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages angeführten Funktionen können von den Mitgliedern des Landtages nur mit Zustimmung des Landtages bekleidet werden.

Die Mitglieder des Landtages, die eine solche Stelle bekleiden, haben innerhalb eines Monats nach erfolgtem Eintritt in den Landtag dem Präsidenten hievon eine Anzeige unter Angabe der Bezüge zu erstatten. Über die Zulässigkeit der Beteiligung entscheidet der Landtag.

Weiters gebe ich noch bekannt, daß jedem Abgeordneten über seinen Wunsch eine Urkunde mit seinem Lichtbild ausgestellt wird. Die Ausweiskarten können in der Landtagspräsidialkanzlei gegen Abgabe eines Lichtbildes in Paßgröße angefordert werden.

Die weitere Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Wird gegen diese Tagesordnung ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Hause mit Stimmzetteln vorzunehmen, wenn nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, die Wahlen, mit Ausnahme der Wahl des Landeshauptmannes, durch Erheben einer Hand durchzuführen.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben.

Dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Wahl des Ersten Landtagspräsidenten. Ich ersuche den bisherigen Zweiten Landtagspräsidenten, Herrn Franz Ileschitz, den Vorsitz zu übernehmen.

Zweiter Präsident Ileschitz: Als derzeitiger Zweiter Präsident des Steiermärkischen Landtages übernehme ich den Vorsitz.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt „Wahl des Ersten Landtagspräsidenten.“

Ich ersuche Herrn Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl um einen Vorschlag.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Namens der Landtagsfraktion der ÖVP schlage ich als Präsidenten des Steiermärkischen Landtages für die VIII. Gesetzgebungsperiode den bisherigen Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren neuerlich zur Wahl vor und bitte das Hohe Haus um Zustimmung. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Ileschitz: Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Ich stelle fest, daß der Wahlvorschlag einstimmig angenommen ist.

Ich frage Herrn Präsidenten Univ.-Prof. Dr. Hans Koren, ob er die Wahl annimmt?

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Im Sinne des Gelöbnisses, das ich als Abgeordneter geleistet habe, nehme ich die Wahl an. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Zweiter Präsident Ileschitz: Ich übergebe dem neugewählten Landtagspräsidenten den Vorsitz.

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Meine verehrten Damen und sehr geehrten Herren des Hohen Hauses!

Ich danke Ihnen herzlich für das Zeichen des Vertrauens, das Sie mir durch diese einstimmige Wahl gegeben haben. Es ist mir wohl erlaubt anzunehmen, daß Sie damit zugleich auch eine Generalabsolution für alle Fehler und Nachlässigkeiten, die mir in der VII. Gesetzgebungsperiode unterlaufen sind, ausgesprochen haben. Ich verspreche Ihnen, daß ich mit ganzem Ernst und wie es mir die Verfassung und mein Gewissen vorschreibt, das Amt verwalten will. Wir beginnen die VIII. Gesetzgebungsperiode. Unser Blick ist in die Gegenwart und in die Zukunft zu richten. Wenn Sie mir ein kurzes Wort der Erinne-

rung an die Jahre vom April 1970 bis zum heutigen Tag gestatten, dann soll das nur heißen, daß wir nicht vom grünen Rasen auf ein neues Haus bauen, sondern daß wir unsere Steine weiter zusammentragen auf das Baugerüst, an dem wir und die Männer vor uns schon gezimmert haben. Wir sind in den Jahren seit 1970 oft zu sehr ernsten und auch zu außerordentlichen Sitzungen zusammengekommen. Wir haben sehr heftige, laute und leidenschaftliche Debatten erlebt. Und es hat manchen Gratwanderer gegeben, bei dem es mir schwer gefallen ist, ihm die in der Geschäftsordnung vorgesehene Ermahnung „zur Sache“ nicht zuzurufen. Ein Ruf „zur Ordnung“ ist bei strenger Überprüfung der Protokolle wohl nicht nötig gewesen. Aber eine Beobachtung möchte ich Ihnen doch mitteilen, die wahrscheinlich von diesem Platz aus in der Mitte des Hohen Hauses mit einem ganzen Überblick auf die Sitze von links bis rechts leichter zu gewinnen ist als im Parkett. Immer wieder einmal ist ein Redner oder eine Rednerin, ganz gleich aus welchem der Sektoren der Abgeordnetenplätze, an das Rednerpult getreten, aus dessen oder deren Worten und Vortrag man spüren konnte, daß nicht nur die Vertretung der Interessen einer Gruppe, die zum selbstverständlichen verpflichtenden Recht jedes Volksvertreters gehört; daß nicht nur die Doktrin und die Ideologie, aus der jeder einzelne heraustritt, sondern daß es die innere Ergriffenheit von einer Sache, von einer ganz persönlichen ehrlichen tiefen Überzeugung, Verpflichtung und Erfahrung gewesen ist, die dem Redner und der Rednerin redlich am Herzen lagen. Eine solche Rede hat auch immer, auch wenn in Einzelheiten die Gegensätze nicht weggeräumt waren, die ungeteilte respektvolle Aufmerksamkeit des ganzen Hohen Hauses gefunden. Mögen uns in der nun beginnenden Gesetzgebungsperiode oft solche Erlebnisse vergönnt sein.

Und nun meine Damen und Herren, am Anfang der kommenden 5 Jahre stehe die alte lateinische Mahnung: laboremus! Lasset uns arbeiten! Arbeiten für dieses Land Steiermark, arbeiten für die Menschen in diesem Lande, die uns — jedem einzelnen von uns — mit dem Stimmzettel die Verantwortung für die Ordnung des öffentlichen Lebens vertrauensvoll zu treuen Händen übergeben haben. (Allgemeiner Beifall.)

Wir kommen nun zur Wahl des Zweiten Präsidenten.

Ich ersuche einen Sprecher der Sozialistischen Partei Österreichs, einen Vorschlag zu erstatten.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Ich schlage für die Funktion des Zweiten Landtagspräsidenten Herrn Franz Ileschitz vor.

Präsident: Sie haben den Wahlvorschlag gehört. Wer für diese Wahl ist, möge eine Hand erheben. Ich stelle fest, daß der Wahlvorschlag angenommen ist.

Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er die Wahl annimmt.

Zweiter Präsident Ileschitz: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Nach der Zusammensetzung des neu-gewählten Landtages fällt der Dritte Präsident an die Fraktion der Österreichischen Volkspartei. Ich er-suche einen Sprecher dieser Fraktion um einen Wahl-vorschlag.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Namens der Land-tagsfraktion der ÖVP schlage ich als Dritten Präsi-denten des Steiermärkischen Landtages für die VIII. Gesetzgebungsperiode Herrn Franz Feldgrill neuer-lich vor und bitte das Hohe Haus um Zustimmung.

Präsident: Sie haben den Vorschlag der ÖVP ge-hört. Wer für diese Wahl stimmt, möge die Hand erheben.

Auch dieser Wahlvorschlag wurde einstimmig an-genommen, und Herr Abgeordneter Franz Feldgrill wurde zum Dritten Präsidenten gewählt.

Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er die Wahl annimmt.

Dritter Präsident Feldgrill: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Ich bitte nun die beiden Präsidenten, ihre Plätze im Präsidium einzunehmen.

Wir kommen nun zur Wahl der Schriftführer und Ordner. Gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Stei-ermärkischen Landtages wählt der Landtag aus seiner Mitte vier Schriftführer. Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien wurden folgende Wahlvorschläge eingebracht:

ÖVP: Hermann Ritzinger
Josef Lind

SPO: Hans Brandl
Prof. Traute Hartwig

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vor-schlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Die von mir genannten Abgeordneten sind somit als Schriftführer gewählt.

Nach § 5 der Geschäftsordnung des Steiermärki-schen Landtages werden auch vier Ordner vom Landtag aus seiner Mitte gewählt.

Für diese Wahl liegt folgender Wahlvorschlag vor:

ÖVP: Josef Schrammel
Alexander Haas

SPO: Hans Karrer
Johann Fellingner

Wer mit diesem Wahlvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Die von mir genannten Abgeordneten sind somit als Ordner gewählt.

Wir kommen nun zur Wahl des Landeshaupt-mannes.

Ich ersuche einen Sprecher der österreichischen Volkspartei um Erstattung eines Wahlvorschlages.

Landeshauptmannstellvertreter Wegart: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Mir kommt die Ehre und Auszeichnung zu, namens der Österrei-chischen Volkspartei den bisherigen Landeshauptmann

Dr. Friedrich Niederl für die Wahl zum Landeshaupt-mann vorzuschlagen. Ich bitte das Hohe Haus, die-sem Antrag stattgeben zu wollen. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn Ersten Landeshaupt-mannstellvertreter Sebastian das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Adalbert Sebastian: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Der Tradition dieses Hohen Hauses folgend, möch-te ich vor der Wahl des Landeshauptmannes und der Steiermärkischen Landesregierung namens des Sozialistischen Landtagsklubs folgende Erklärung abgeben:

Das Wahlergebnis vom 20. Oktober brachte für die steirische SPO Verluste an Stimmen und Ver-luste an Mandaten. Nach einem harten, im allge-meinen aber fair geführten Wahlkampf hat sich das politische Kräfteverhältnis in diesem Haus verän-dert. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Ent-scheidung, so schmerzlich sie für uns ist, zur Kennt-nis nehmen und respektieren. Unter diesem Vor-zeichen und mit diesen Voraussetzungen beginnen wir die achte Legislaturperiode dieses Hohen Hau-ses. Ich möchte daher die konstituierende Sitzung, in der die Organe des Landtages, aber auch der Lan-deshauptmann und die Steiermärkische Landesre-gierung gewählt wird, zum Anlaß nehmen, um in Verfolgung des Auftrages von nahezu 300.000 Wäh-lern, die uns das Vertrauen geschenkt haben, unsere grundsätzliche Haltung zur künftigen Arbeit in der Landesregierung und in diesem Haus darzulegen. Ihnen, diesen Frauen und Männern, fühlen wir uns verpflichtet. Die Sorge um die menschlichen, die wirtschaftlichen und kulturellen Probleme aller Stei-erer wird unser gemeinsames Anliegen sein. Wir be-kennen uns zu einer ehrlichen Zusammenarbeit im Interesse und zum Wohle der steirischen Bevölke-rung. Aber ehrliche Zusammenarbeit bedeutet Kom-promiß, bedeutet Konsens, bedeutet das wechselseitige und wechselbezügliche Ringen und nicht Überstimmen, sondern Übereinstimmen. Die Zu-sammenarbeit unter der permanenten Drohung kalt exekutierter Mehrheitsentscheidungen in einer Proporzregierung ist keine Zusammenarbeit. Ehrliche Zusammenarbeit darf aber auch nicht die Beschnei-dung des Rechtes der Darstellung verschiedener Standpunkte, das deutliche Aufzeigen der Unter-schiede und Konturen der Parteien und der Kritik bedeuten.

In den der heutigen Landtagssitzung vorausge-gangenen Parteienverhandlungen galt es, die Grund-lage bzw. die Basis für diese Zusammenarbeit zu finden. Das war deshalb nicht leicht, weil die ÖVP abweichend von ihrem Standpunkt, den sie 1970 vertreten hat eine Forderungsliste, die ihrem Umfang und Inhalt nach für uns unannehmbar war, präsen-tiert hat. Als nämlich 1970 wir zwei Mandate ge-wonnen haben und sich der damalige Abstand zwi-schen ÖVP und SPO von fünf auf zwei Mandate zu unserem Vorteil verringerte, vertrat die ÖVP die Ansicht, da sich das politische Kräfteverhältnis in der Landesregierung nicht geändert habe, sei auch

eine Änderung in der Ressortverteilung nicht gerechtfertigt. Anlässlich der Konstituierung am 14. Mai 1970 habe ich bewußt auch für die Öffentlichkeit und die künftigen Verhandlungen auf diese damals erstmals vertretene Philosophie hingewiesen. Da die ÖVP diesen Standpunkt 1970 hartnäckig verfochten hat, gab es auch nur geringfügige Korrekturen in der Geschäftsführung der Landesregierung.

Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Wahlgang hat sich an dem politischen Kräfteverhältnis in der Landesregierung nichts geändert. Sie aber waren nicht mehr bereit, sich zu dem von Ihnen 1970 aufgestellten Grundsatz zu bekennen, sondern haben zu Beginn der Verhandlungen Forderungen erhoben, die auch nicht durch den Wahlausgang gerechtfertigt gewesen sind. Ich gestehe gerne zu, daß es in den langen, manchmal hart, nicht aber unfair geführten Verhandlungen gelungen ist, eine für uns schmerzliche, aber nicht unannehmbare Übereinstimmung zu finden. Es ergibt sich zwingend aus dieser Übereinkunft, daß die Basis für die künftige Landespolitik nicht nur die Erfüllung eines Programms einer Partei sein kann.

Wenn es um das Anliegen aller Steirer, gleichgültig in welchem politischen Lager sie stehen, geht, dann ist es die Aufgabe dieses Landtages und der neu zu wählenden Landesregierung, aus den Programmen aller drei im Landtag vertretenen Parteien das Positive und allen Gemeinsame als die Zielvorstellung für die Zukunft unseres Landes zu erarbeiten. Die Schwerpunkte unserer programmatischen Vorstellungen habe ich bereits 1970 aus dem selben Anlaß wie heute dargelegt. Sie befinden sich in unseren Leitlinien. Sie haben nichts an Aktualität und Bedeutung verloren, und wir werden um ihre Verwirklichung auch in dieser Legislaturperiode ringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Arbeit in dieser steirischen Landstube war seit 1945 bei allen Verschiedenheiten und Verschiebungen des politischen Kräfteverhältnisses stets vom gemeinsamen Wunsch geprägt, das Beste für das Land und die Menschen, die hier leben und arbeiten, zu erreichen. Eine Voraussetzung dafür war, daß die führenden Männer dieses Landes nie das Augenmaß dafür verloren haben, was man dem politischen Gegner zumuten kann. Auch Sie, Herr Landeshauptmann, haben sich zu diesem Grundsatz bekannt. Die steirische Bevölkerung hat Ihnen persönlich am 20. Oktober ein hohes Maß an Vertrauen geschenkt. In der Werbung für sich und Ihre Partei haben Sie auf die Worte Redlichkeit und Ehrlichkeit eine ganz besondere Bedeutung gelegt. Wir nehmen diese Ihre Absicht gerne zur Kenntnis. Gleichzeitig bitten wir Sie aber, sich dessen bewußt zu sein, daß dieses redliche und ehrliche Wollen bei der gemeinsamen Arbeit im Land nun in diesen fünf Jahren ständig auf dem Prüfstand der Realität stehen wird. Es gilt bei aller Wahrung der eigenen Grundsätze, das uns allen Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Es gilt eine steirische Politik zu verwirklichen, die in einer nicht leichter werdenden Zeit die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufwärtsentwicklung für unser Land sichert. Es gilt gemeinsam dafür Sorge zu tragen, daß die Steiermark gefestigt und gesichert in die achtziger Jahre unseres Jahrhunderts eintreten kann.

In dieser Gesinnung und mit dieser Überzeugung werden die Abgeordneten meiner Fraktion für Ihre Wahl, Herr Landeshauptmann, und die Wahl der Landesregierungsmitglieder, die Sie namhaft gemacht haben, stimmen. Möge es uns gemeinsam gelingen, für unsere steirische Heimat und für unser Vaterland das Beste zu tun. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Klaus Turek. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Klaus Turek: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei hat sich in der hinter uns liegenden Wahlauseinandersetzung bemüht, ihre Zielvorstellungen für das Land Steiermark der Bevölkerung nahezubringen. Nicht das Angreifen anderer Parteien, sondern das Werben um die eigene Sache haben wir in den Mittelpunkt unserer Wahlwerbung gestellt. Wir haben mit unserem langfristigen Programm, der Formel Steiermark, versucht, auf die Schwerpunkte hinzuweisen, die sich unserer Auffassung nach aus der bisherigen Entwicklung unseres Landes und aus den Notwendigkeiten für die Zukunft ergeben. Wir haben den Rahmen abgesteckt, innerhalb welchem wir die Notwendigkeiten und unserer Bevölkerung jene Möglichkeiten geben wollen, in denen sie sich frei entfalten können soll.

Wir haben auch bei unserem grundsätzlichen politischen Wollen keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir für eine Förderung von persönlicher Initiative, Verantwortungsfreude und Leistungswillen einzutreten gewillt sind. Wir haben unsere Vorstellungen konkret umrissen und werden auch bemüht sein, diese im Rahmen unserer Möglichkeiten zu verfolgen und in die Realität umzusetzen. Wir wollen — um einige Schwerpunkte herauszugreifen — die Heranbildung eines kritisch urteilenden Staatsbürgers und lehnen die geistige Bevormundung ab. Wir treten für eine Wirtschaftspolitik ein, die der unternehmerischen Freiheit breiten Raum läßt, den Wettbewerb fördert, dem kleinen und mittleren Unternehmer im gesamtwirtschaftlichen Interesse seine Existenz sichert, und stehen manchen Konzentrationsbestrebungen, die zu Monopolbildungen führen, kritisch gegenüber. Wir streben aber auch die Heranführung des Bauernstandes an das soziale Niveau anderer Berufsstände an, fordern eine Durchforstung und Objektivierung des Subventionswesens und verlangen für die Landwirtschaft eine Erzeugungspolitik, wie sie in anderen Wirtschafts- und Berufszweigen als bindend gilt.

Wir treten auch für eine qualitative Sozialpolitik ein, die dort helfend eingreift, wo unverschuldet Hilfe notwendig wird, und lehnen eine quantitative nivellierende Sozialpolitik ab. Nach unseren Vorstellungen ist das Ziel unseres politischen Strebens, einen Wohlstandsstaat und nicht einen Wohlfahrtsstaat herzustellen. Wir wollen aber auch den Ausbau der direkten Demokratie fördern und haben deshalb auch in unserer Formel Steiermark die Einführung von Volksbegehren und Volksbefragungen vorgesehen. Aber, meine Damen und Herren, wir haben es auch nicht verabsäumt, den Bürger unseres Landes darauf hinzuweisen, daß per-

sönliche Interessen dort zurückzustehen haben, wo sie übergeordneten, gemeinschaftlichen Anliegen im Wege stehen.

Der Ausgang der Wahl hat der Freiheitlichen Partei Stimmenverluste gebracht. Wir konnten in der mit höchstem finanziellen Einsatz geführten Wahlauseinandersetzung nicht mithalten. Das mit Geld verbundene Heranbringen unserer Argumente war uns nicht in dem Maße möglich, um einen Wahlerfolg sicherzustellen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir finden es höchst bedenklich und in einer demokratischen Entwicklung höchst abträglich, wenn oft der Wert eines Geschenkes zum alleinigen Wahlargument zu werden droht. Auch sind diese unerhört hohen Wahlausgaben auf massive Kritik aus dem Kreise der Bevölkerung gestoßen. Wenn die Menschen in unserem Lande nunmehr zum Maßhalten und Sparen aufgerufen werden, meine Damen und Herren, müssen gerade die politischen Parteien, von denen diese Appelle ausgehen, mit gutem Beispiel vorangehen. Wir erwarten, daß die abgebrochenen Gespräche über eine Beschränkung der Wahlkampfkosten unverzüglich wieder aufgenommen werden, um Wahlausgaben in der Zukunft auf ein vertretbares Maß zu reduzieren.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Freiheitliche Partei wird ihre Aufgabe, die sie in diesem Hause in den vergangenen Jahren wahrgenommen hat, weiter verfolgen. Wir werden die einer konstruktiven Opposition zustehende Aufgabe der Kontrolle wahrnehmen und durch unsere Arbeit recht nachhaltig die Bedeutung einer Opposition in der Demokratie zu unterstreichen versuchen. Wir haben als Freiheitliche stets darauf hingewiesen, daß wir absolute Mehrheiten als gefährlich ansehen, weil dabei der Zwang zur Diskussion und zum Gespräch nicht mehr gegeben ist und oft das bessere Argument gegenüber der größeren Mehrheit untergeht. Wir hoffen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß sich diese unsere Befürchtungen in diesem Hause nicht erfüllen und daß sich die absolute Mehrheit der ÖVP auch dessen bewußt ist, daß sie nunmehr auch die absolute Verantwortung für dieses Land übernommen hat. Bei allem Verständnis dafür, meine Damen und Herren, daß die Mehrheit auch ihren politischen Willen umsetzen wird wollen, erwarten wir, daß vor dem Abstimmungsvorgang stets dem Gedankenaustausch und dem Abwiegen von Argumenten weitester Raum gegeben werden wird. In den Besprechungen, die dieser Konstituierung vorangingen, kam diese Bereitschaft zum Ausdruck. Weiters kam die Bereitschaft zum Ausdruck, der Freiheitlichen Partei im Rahmen des Kontroll-Ausschusses jene Kontrollmöglichkeiten einzuräumen, wie sie in einer Demokratie der Opposition zuzuordnen sind. Wenn wir freiheitlichen Abgeordneten heute den Landeshauptmann und auch die weiteren Organe der Landesregierung mitwählen, so erwarten wir auch, daß uns jene Arbeitsbedingungen eingeräumt werden, die es auch einer kleineren Fraktion ermöglichen, die Aufgaben zu erfüllen. Wir tun dies aber auch im Bewußtsein, daß der Bürger unseres Landes mit Recht darauf bestehen kann, daß das Bemühen, die Probleme dieses Landes gemeinsam zu lösen, vor parteipolitischem Prestigedenken zurückzustehen hat. Wir wollen auch, meine Damen und

Herren, dadurch einen ersten Beitrag zur Wiederherstellung jenes steirischen Klimas leisten, um das wir im übrigen Österreich jahrelang beneidet wurden.

Am Anfang einer fünfjährigen Arbeitsperiode ist es aber auch sicherlich angebracht, einen Ausblick in die Zukunft und eine Voranalyse der uns ins Haus stehenden Probleme vorzunehmen. Im Vordergrund steht sicher die Besorgnis, mit der weite Kreise unserer Bevölkerung im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Staates erfüllt sind. Aus einer Reihe von Anzeichen und Äußerungen der jüngsten Zeit läßt sich der Schluß ziehen, daß Österreich in einer wirtschaftlichen Sturmzone leider nicht eine Insel der Seligen bleiben wird. Eine Entwicklung, wie sie sich in anderen europäischen Staaten abzeichnet, wird sicher auch seine Auswirkungen auf unser Land haben. Gerade auf dem Sektor des Fremdenverkehrs, einer Säule unserer Wirtschaft, gibt uns dieser Wirtschaftsfaktor zu größtem Pessimismus Anlaß. Die Preissteigerungsrate ist in Österreich über die Alarmmarke 10% gestiegen. Hinweise auf andere Länder, meine Damen und Herren, wo es höhere Inflationsraten gibt, helfen uns dabei leider recht wenig, wenn die Gefahr besteht, daß durch diese Teuerungsraten ein Teil des wirtschaftlichen Aufstiegs zerstört zu werden droht. Die Zahl der Konkurse und Ausgleichsanmeldungen hat sich gegenüber dem Vorjahr beinahe verdoppelt. Gerade in den letzten Tagen mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß zwei bedeutende Unternehmungen unseres Landes am Ende sind. Andere werden leider nachfolgen. Die Angst um den Arbeitsplatz greift um sich. Geschenkpoltik und Lizitation haben auf der anderen Seite zu einer Aufblähung unserer öffentlichen Haushalte geführt, die zum Teil offensichtlich nur mehr durch Inflation finanziert werden können. Auch in diesem Hause, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir uns gerade anläßlich der Behandlung des Budgets mit diesem Problem auseinanderzusetzen haben.

Meine Damen und Herren, es wird die Aufgabe aller verantwortungsbewußten politischen Kräfte in diesem Lande sein, in der Bevölkerung dahingehend zu wirken, daß die fetten Jahre nunmehr vorüber sind und nur durch ein Engerschnallen des schon sehr weit gewordenen Gürtels verhindert werden kann, daß das, was wir uns in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, nicht wieder zunichte gemacht wird. Die Freiheitliche Partei hat in diesem Hause nie Kritik um der Kritik willen geübt, wir waren immer um eine sachliche Arbeit für die Steiermark bemüht und haben uns für die Verfolgung einer Politik der Vernunft eingesetzt. Wir werden dies auch in der achten Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages so halten.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor.

Wir kommen nun zum Wahlvorgang selbst.

Ich ersuche die Abgeordneten Ritzinger und Brandl, je zwei Stimmzettel an alle Abgeordneten zu verteilen und von jedem Abgeordneten einen Stimmzettel wieder einzusammeln und mich sodann bei der Stimmzählung zu unterstützen. Es gibt also

jeder Abgeordnete nur einen Stimmzettel ab. (Verteilung, Einsammlung und Zählung der Stimmzettel.) Ich verkünde das Wahlergebnis.

Für den Wahlvorschlag der ÖVP, der auf Herrn Dr. Friedrich Niederl lautet, wurden 55 Stimmen abgegeben. Ein Stimmzettel war leer. Es ist daher Dr. Friedrich Niederl mit der erforderlichen Stimmenmehrheit — das heißt einstimmig — zum Landeshauptmann gewählt. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.)

Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann, zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Ich nehme die Wahl an.

Präsident: Im Namen des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages beglückwünsche ich den neugewählten Landeshauptmann zu seiner Wahl. Es ist eine Wiederwahl, aber durch dieses heutige Votum steht zum ersten Mal der Name Friedrich Niederl durch einen öffentlichen Wahlvorgang der Steirer fest. Zu dieser schönen und schweren Verantwortung im Dienste der steirischen Heimat entbiete ich von ganzem Herzen die besten Wünsche für Glück und Gesundheit.

Wir kommen nun zur Wahl der übrigen Regierungsglieder. Nach § 28 des Landes-Verfassungsgesetzes besteht die Landesregierung aus neun Mitgliedern. Die Zahl der Regierungsglieder ist auf die Landtagsparteien im Verhältnis ihrer Mandatszahlen nach dem Verhältnis der letzten Landtagswahl aufzuteilen. Demnach entfallen auf die Österreichische Volkspartei fünf und auf die Sozialistische Partei Österreichs vier Regierungsglieder. Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei um einen Vorschlag für die fünf Regierungsglieder dieser Fraktion.

Abg. Simon Koiner: Hohes Haus! Es ist mir eine Ehre und Auszeichnung, namens der Österreichischen Volkspartei als Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung für die achte Gesetzgebungsperiode des Steiermärkischen Landtages folgende Abgeordnete zur Wahl vorzuschlagen und das Hohe Haus um Zustimmung zu ersuchen:

Franz Wegart, Anton Peltzmann, Prof. Kurt Jungwirth und Dr. Josef Krainer. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich ersuche nun den Sprecher der Sozialistischen Partei, Herrn Abgeordneten Brandl, für seine Fraktion die vier Regierungsglieder vorzuschlagen.

Abg. Hans Brandl: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Für die Sozialistische Partei darf ich folgende Abgeordnete für die Landesregierung vorschlagen:

Adalbert Sebastian, Josef Gruber, Hannes Bammer und Dr. Christoph Klauser. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich lasse über diese Vorschläge getrennt abstimmen. Ich ersuche alle Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind, eine Hand zu erheben.

Ich stelle die Annahme des Wahlvorschlages fest.

Die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, ersuche ich nun, eine Hand zu erheben.

Ich stelle die Annahme des Wahlvorschlages fest.

Ich ersuche nun die gewählten Regierungsglieder in der Reihenfolge des Aufrufes um eine Erklärung, ob sie die Wahl annehmen.

Hans Bammer (nimmt die Wahl an)

Josef Gruber (nimmt die Wahl an)

Prof. Kurt Jungwirth (nimmt die Wahl an)

Dr. Christoph Klauser (nimmt die Wahl an)

Dr. Josef Krainer (nimmt die Wahl an)

Anton Peltzmann (nimmt die Wahl an)

Adalbert Sebastian (nimmt die Wahl an)

Franz Wegart (nimmt die Wahl an)

Damit sind die Regierungsglieder gewählt und sie haben die Wahl auch angenommen.

Ich ersuche nunmehr die gewählten Regierungsglieder, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Dr. Niederl das Wort.

Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen der Landesregierung, sehr geehrte Frauen und Herren des Landtages!

Ich darf zuerst dafür herzlich danken, daß Sie mir den Vertrauensbeweis gegeben haben. Der steirische Wähler hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß mir in diesem Hohen Hause die Verantwortung für das Amt des Landeshauptmannes übertragen wurde.

Dazu zuerst einen Gruß und Dank an alle Steierinnen und Steirer, die am 20. Oktober ihre Stimme abgegeben haben. Sie haben eine klare Entscheidung getroffen. Die Auswirkungen reichen, wie wir beobachten können, weit über unser Land hinaus. Das Selbstbewußtsein unseres Volkes hat eine anerkannte Stärkung erfahren. Mein Dank gilt im besonderen den Männern und Frauen, die mir das Vertrauen geschenkt haben, jenen, die meiner Gesinnungsgemeinschaft angehören und all den Wählern, die ihre Stimme aus anderen Gründen uns gegeben haben. Mit Respekt seien auch jene Frauen und Männer begrüßt, die einem anderen Kandidaten den Vorzug gegeben haben.

Aus all dem läßt sich ableiten: Für mich besteht die Verpflichtung, in Verbundenheit zu allen Steirern die Funktion des Landeshauptmannes auszuüben, für dieses schöne Land zu arbeiten und unserer Steiermark auch in der Umwelt die gebührende Geltung zu verschaffen. An Entschlossenheit werde ich es nicht mangeln lassen. Persönlicher Einsatzwille, Geduld, die Bereitschaft, manches Opfer zu bringen, und Kameradschaft werden in diese Gesinnung mit eingeschlossen sein.

Daher danke ich auch allen Frauen und Herren Abgeordneten, die in diesem Hause durch die Einmütigkeit bei der heute getroffenen Wahl ein Mit-einander zum Ausdruck gebracht haben, welches bei

mancher Gegensätzlichkeit für uns Steirer in allen Fragen bestimmend sein soll. Unsere Zeit neigt zur Reizbarkeit. Gar mancher ist gerne viel unterwegs, um die öffentliche Meinung zu bilden oder sie wenigstens zu beeinflussen. Hier gilt nur ein klares Wort:

In unserer Heimat wird weder eine kalte noch eine weiche Landespolitik zu erwarten sein, sondern eine steirische Politik, die im besonderen in schwierigen Zeiten sich auch ihrer österreichischen Verantwortung bewußt sein wird. Dieses Hohe Haus hat sich stets durch Offenheit ausgezeichnet. Das verpflichtet, die Dinge beim Namen zu nennen. Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, der von zwei Gesichtspunkten beherrscht wurde: durch umfassende sachliche Informationen und harte Arbeit um die Wählerstimmen. Wir wollen auch hier den Schlußstrich ziehen; denn der Wähler hat am 20. Oktober auch hier Hinweise gegeben. Die Drahtzieher für so manche Entgleisungen sitzen weder auf der Regierungs- noch auf der Abgeordnetenbank. Wer von diesen Plätzen aus Mitverantwortung trägt, wird sich — gleichgültig, wo er steht — der Schärfung des eigenen Gewissens nicht entziehen.

Ich will es gerne aussprechen: Manche Erlebnisse und Wahrnehmungen hindern mich nicht, allen Repräsentanten der in diesem Hause vertretenen Parteien aufrichtig die Hand zur Zusammenarbeit zu bieten. Niemand ist ausgeschlossen. Jeder kann mit der gebührenden Wertung seiner Überzeugung und mit der Erfüllung der von ihm vertretenen Anliegen im Verhältnis zum erwiesenen Wählerwillen und der gesamten Verantwortung, die wir gemeinsam für dieses Land zu tragen haben, rechnen. Das erreichte Einvernehmen auf Regierungsebene, welches ich für alle Beteiligten als faires Ergebnis bezeichnen will, und die Wahlvorgänge im Landtag bestätigen, daß wir gemeinsam fähig und willens sind, die vor uns liegenden fünf Jahre gut zu nützen.

Es ist eine Realität, daß die Politik immer mehr auf die Ebene des Verteilungskampfes gedrängt wird. Interne Gegensätze und Egoismus wird es schließlich immer wieder geben. Wir werden diese Welt nicht besser machen. Die Vertretung des steirischen Volkes sollten wir jedoch ohne Zickzack und lächerliche Anpassung, sondern von einer festen Position aus beziehen: Unsere geistigen Strukturen, die auf unumstößlichen Grundwerten beruhen, müssen den Wandel der Lebensbedingungen und Verhältnisse ungeschwächt überdauern. Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit und Toleranz sind in der täglichen Arbeit anzuwenden und nicht bei Lippenbekenntnissen zu belassen. Ich habe es hier in diesem Haus erklärt, daß Demokratie nicht nur eine Staats- und Regierungsform, sondern auch immer wieder eine Denk- und Lebensform sein muß; beinhaltend den Kernpunkt, daß man dem Nächsten jenes Recht zubilligt, das man für sich selbst in Anspruch nimmt.

Das Verlangen der Staatsbürger nach Ordnung und Sicherheit ist weiters eine berechtigte Forderung, die wir in unseren Entscheidungen und den in Gang befindlichen Entwicklungen anerkennen müssen. Jeder Demokrat wird Diskussionen und Beratungen in allen berufenen Gremien bejahen. Entscheidungsfreudig zu sein, heißt aber, die Aktions- und Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Sy-

stems immer wieder unter Beweis zu stellen. Dieser Stil soll Regierung und Landtag zu jeder Zeit auszeichnen. Davon hängt auch viel Vertrauen in die Funktionstüchtigkeit unserer demokratischen Ordnung ab.

Gerade der heranwachsenden Generation haben wir die Lebendigkeit unserer Staats- und Lebensform nahezubringen, damit auf so manch versuchte Manipulation nicht die Unterdrückung folgt, die schließlich das Leben unseres Volkes zerstören könnte. Wir Steirer sind nicht für uns selbst, sondern auch durch unsere Stärke für Österreich aufgerufen, einen politischen Stil zu handhaben, der von den Prinzipien der Offenheit, der Einfachheit und der Beweglichkeit beherrscht ist, damit immer wieder durch die Lebendigkeit des Föderalismus dem Staat Frische und auch manche Idee zugeführt wird.

Nun zum Arbeitsprogramm:

Wie schon erwähnt, konnten die Verhandlungen auf Regierungsebene positiv abgeschlossen werden. Die Mehrheitsverhältnisse und der gute Wille aller Beteiligten haben ein nützliches Ergebnis sichergestellt. Niemand wurde hinausgedrängt oder in seiner Verantwortung oder seinem Arbeitswillen behindert. Die Politik des Ausgleichs zwischen Stadt und Land einschließlich unserer Landeshauptstadt Graz konnte gewährleistet werden.

Einer Neuordnung des Krankenanstaltenwesens wurden ebenfalls die Wege geebnet.

Schließlich haben wir Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Verhandlungen hinsichtlich der Errichtung einer ständigen steirischen Vertretung in Wien einzuleiten sind. Damit sollen gezielt steirische Interessen in der Bundeshauptstadt sozusagen Tag und Nacht verfolgt werden können. Es geht darum, überall mehr für die Steiermark herauszuholen. Das Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre wird vom Landesentwicklungsplan und den einzelnen Aktionsprogrammen der politischen Parteien ausgehen. Es wird noch Gelegenheit zu reichlicher Mitarbeit geben.

Es ist Mode geworden, daß Regierungen gerne von sich behaupten, für ihre Aufgaben bestens gerüstet zu sein. Wir alle kennen solche Beispiele. Deshalb habe ich in der letzten Pressekonferenz vor den Wahlen den kompletten Entwurf des Landesentwicklungsplanes, der rund 900 Seiten umfaßt, aufgelegt. Am selben Tage, an dem das Raumordnungsgesetz kundgemacht wurde, ist darüber hinaus ein Durchführungserlaß ergangen, der die erforderlichen administrativen Maßnahmen sicherstellt. Das umfangreiche Vorhaben des Landesentwicklungsplanes und der sich daraus ergebenden Regionalprogramme, der sich daraus ergebenden Programme der politischen Parteien wird heute nicht im Detail vorgetragen werden können, aber gestatten Sie mir jedoch, mich auf einige Grundsätze zu beschränken:

Mit der Entwicklung der Industrie und der fortschreitenden Mechanisierung in der Land- und Forstwirtschaft ergab sich zunächst eine Konzentrations-tendenz in der Siedlungsstruktur. Die aus der Land- und Forstwirtschaft freigesetzte Bevölkerung wanderte in die Industrieorte ab. Dies führte zu einem verstärkten Wachstum der Städte mit allen Folgeerscheinungen. Die Abwanderungstendenz hat die be-

fürchtete Höhe nicht erreicht, im Gegenteil: Es läßt sich feststellen, daß — wenn auch unterschiedlich — eine gewisse Abschwächung eingetreten ist. Vornehmlich entlang der wichtigen steirischen Verkehrslinien treten Zonen mit wachsender Bevölkerungszahl auf, was darauf schließen läßt, daß vor allem die günstige Verkehrslage diese Gebiete attraktiver werden läßt. Wir werden daher bei der Verwirklichung des steirischen Siedlungsmodells vom Gedanken der Dezentralisation im Gegensatz zur Verdichtung oder planlosen Streuung ausgehen müssen und durch unsere Förderungsmaßnahmen gemeinsam dahingehend wirken, den Leistungsaustausch Wohnsitzgemeinden — Arbeitszentren — Versorgungszentren mit öffentlichen Verkehrsmitteln aufrecht zu erhalten. Dazu ein Beispiel:

Für den Kernraum Graz ergeben sich vier Entwicklungsachsen für Siedlungsketten, die jeweils von Graz aus bis in die Räume Leibnitz, Frohnleiten, Voitsberg-Köflach und Weiz reichen können.

Die Siedlungsketten, die von dem zweiten steirischen Kernraum Leoben—Bruck—Kapfenberg ausgehen, sind durch die schon vollzogene Entwicklung in der Mur-Mürz-Furche weitgehend vorgegeben und reichen bis Mürzzuschlag bzw. Judenburg. Für den Bezirk Murau ist der Anschluß sichergestellt. Alle übrigen Landesteile und Bezirke sind keine Randgebiete und werden weder im Norden, Süden, Osten oder Westen der Steiermark beachtet. Für diese gilt es jedoch im besonderen dafür zu sorgen, daß eine ausreichend große Bevölkerungszahl gehalten werden kann, die die Tragfähigkeit für ein spezialisiertes vielfältiges Angebot an Versorgungseinrichtungen gewährleistet und die Entwicklung eines langfristig stabilen regionalen Arbeitsmarktes erwarten läßt. Denken wir nur zum Beispiel an den Fremdenverkehr oder die Land- und Forstwirtschaft, die ausschließlich flächengebunden sind und die eine Siedlungs-, Gewerbe- und Handelsstruktur brauchen, um intakt sein zu können.

Die bewußte Verantwortung des Landes reicht daher über alle Kompetenzen in die Förderung der Wirtschaft, in alle Sparten und Einrichtungen hinein. Und wir erkennen, daß schwere Zeiten kommen. Die Budgetsituationen auf Bundes- und Landesebene zeigen uns, daß eine rasante Aufwärtsentwicklung vorbei ist. Trotzdem bekennen wir uns zu einem Wachstum der Wirtschaft in besserer Qualität unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Umweltschutzes. Es gilt, fortlaufend die Arbeitsmarktsituation in den einzelnen Landesteilen mit Hilfe der Förderungsmaßnahmen einerseits und ihrer Ergänzung durch die infrastrukturelle Ausstattung andererseits zu heben.

Die Vielfalt der Beschäftigungsmöglichkeiten, das heißt eine wirtschaftlich gemischte Struktur und damit größere Stabilität der Wirtschaftsbasis in jedem Bezirk scheint der richtige Weg zu sein, um Einseitigkeiten auszuschließen und vor allem die Freizügigkeit der Arbeitnehmer sicherzustellen. Solchen Abhängigkeiten haben wir entgegenzuwirken, wobei ich die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber einlade, mit uns gemeinsam dieses Ziel zu verfolgen. Ein differenziertes Arbeitsplatzangebot gibt der Bevölkerung die beste Chance, Berufe nach Neigung zu wählen und bei Schrumpfungsprom-

essen ausreichend flexibel zu sein. Und noch einmal muß es gesagt sein:

Die Sturmzeichen sind für die gesamte österreichische Wirtschaft nicht mehr zu übersehen. Arbeitsplätze sind da und dort gefährdet, und wer es bisher nicht glaubte, kann es aus der Zeitung lesen, welche Betriebe in Not geraten sind. Es heißt daher, neben gezielten Hilfsaktionen das steirische Gewicht überall dort in die Waagschale zu werfen, wo wirtschaftliche Fragen entschieden werden. Vor allem müssen wir trachten, daß industrielle Probleme und jene der Grenzland-, Berg- und Randgebiete nicht nur von einem Gesichtspunkt aus beurteilt werden.

Unsere Aufmerksamkeit gilt nicht nur in diesem Zusammenhang dem Klein- und Mittelbetrieb, genauso dem industriellen Unternehmen. Ein Wort zur verstaatlichten Industrie:

Es sind bald zwei Jahre, daß die Fusion VOEST-Alpine vollzogen wurde. Auch hier ist die finanzielle Ertragslage durch diese Fusion trotz eines beachtlichen Umsatzes hinter den Erwartungen geblieben. Der Generaldirektor dieses Unternehmens hat es vor einigen Tagen mitgeteilt. Eine Reihe von Versprechungen sind noch offen. Vor allem sind wir immer wieder besorgt um die Betriebe, die sozusagen am Rande des Konzerns liegen. Besonders gilt unsere tägliche Aufmerksamkeit all den Vorgängen im Zusammenhang mit der Roheisenerzeugung bzw. den allfälligen Produktionsbereinigungen sowie der Harmonisierung der Sozialleistung und auch der Edeltahllösung.

Alarmierende Signale erhielt im laufenden Jahr auch die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft. Daß wir Steirer uns in dieser Situation gut behaupten konnten, danken wir den Betriebsinhabern, ihren Mitarbeitern und auch der Fremdenverkehrspolitik des Landes. Wir wissen, daß die Finanz- und Steuerpolitik auf die Gast- und Beherbergungsbetriebe zu wenig Rücksicht nimmt. Von der Landeseite wird daher, abgesehen von den vielfältigen Förderungsmaßnahmen für Investitionen, immer wieder zu trachten sein, touristische Attraktionen für den Fremdenverkehr zu schaffen.

Der Winterurlaub ist heute darüber hinaus nicht mehr nur für den Schifahrer, sondern für alle Menschen wesentlich. Daher gilt es, in allen möglichen Erholungsorten Voraussetzungen für andere sportliche Betätigungen, für Wanderungen und Ausflüge zu schaffen. Am meisten wird der Fremdenverkehrswirtschaft jedoch gedient sein, wenn durch konzentrierte Maßnahmen das Eigen- und Fremdkapital bei Investitionen in ein tragbares Verhältnis gebracht wird. Ansonsten können bei größeren Aufwendungen Generationen Schulden und Zinsen zahlen.

Die Land- und Forstwirtschaft steht vor der schwierigsten Situation in der Geschichte der Zweiten Republik. Ob die Marktordnung weiter in Kraft bleibt, bzw. welche Änderungen bevorstehen, wird erst in letzter Minute endgültig feststehen. Entscheidend ist für die Produzenten und Konsumenten in gleicher Weise: ein Preisniveau, welches nicht bevorzugt und benachteiligt, und eine sichere Versorgung.

Unser Ziel ist auch die Verabschiedung eines steirischen Landwirtschaftsgesetzes, welches im Entwurf bereits vorliegt. Es enthält die Zusammenfassung und gesetzliche Fundierung aller Förderungsmaß-

nahmen des Landes und wird darüber hinaus folgende zusätzliche Schwerpunkte umfassen: stärkere Förderung der überbetrieblichen Zusammenarbeit und des Betriebshelferdienstes sowie Landesinitiativen für die Erhaltung der Kulturlandschaft durch direkte finanzielle Zuwendungen aus dem Budget.

Allen konzeptiven Vorstellungen liegt der Gedanke zugrunde, in der Steiermark eine gemischt industriell-gewerbliche und agrarische Gesellschaft abzusichern. Deshalb ist es eine Notwendigkeit, den Vertretern der Landwirtschaft auch in der Betriebsansiedlungspolitik Gehör zu schenken, da die Land- und Forstwirtschaft nahezu in keinem Landesteil allein die wirtschaftliche Basisfunktion ausüben vermag.

Hier wie in vielem kommt es wieder auf die Zusammenarbeit aller Berufsgruppen an. Unsere gezielte Obsorge gilt der Energiepolitik, die auf alle Energieträger einschließlich der Kohle abgestellt ist.

Es bleibt dabei:

Ich werde mich persönlich weiter dafür einsetzen, daß Energiefragen günstig gelöst werden. Eine Zwischenlösung würde lediglich der Betrieb der Produkten-Pipeline durch die Steiermark darstellen. Darüber hinaus sind unsere Beauftragten tätig, zusätzliche Erdgaskontingente aufzubringen, um das Verteilernetz weiter auszuweiten und diesen umweltfreundlichen Energieträger vor allem auch in größeren Ballungszentren zum Tragen zu bringen.

Von der Suche nach Öl und den Hoffnungen in Richtung auf Erdgas in der Steiermark wissen Sie. Seit einem halben Jahr läuft ein Forschungsauftrag, um die heimischen Rohstoffreserven festzustellen und zu analysieren. Die gute Zusammenarbeit zwischen Regierung, Wissenschaft und Forschung wird daher weiter eine zwingende Notwendigkeit sein.

Die Kontakte mit den hohen Schulen werden überdies zusehends enger, und zwar auf verschiedenen Gebieten. Die akademischen Lehrer und Forscher in unserem Lande sind daher für die steirische Entwicklung zu maßgebenden Faktoren geworden. Andererseits können die Hochschulen bei ihren Anliegen weiter mit uns rechnen, sei es im Baugeschehen, sei es durch direkte Aktionen oder auch durch Vorfinanzierungen. Unser Einsatz, damit durch eine falsch verstandene Reform die hohen Schulen nicht ruiniert werden, ist daher selbstverständlich. Die Aufgabe, unsere hohen Schulen funktionstüchtig zu erhalten, ist eine absolute Verpflichtung.

Die Steiermark wird, wie bekannt, in das internationale und österreichische Autobahnnetz durch die sogenannte Pyhrnautobahn von der österreichischen Staatsgrenze Spielfeld bis Linz und die sogenannte Südautobahn von Wien nach Tarvis eingebunden. Eine rasche Realisierung des Pyhrnautobahnprojektes wird von unserer Seite deshalb so intensiv gefordert, da diese sodann die Funktion der Gasterbeiterroute übernehmen könnte und dadurch eine wesentliche Erleichterung des Verkehrs und auch eine Herabminderung der Unfallsquote erreicht werden könnte. Auch durch die Fusion VOEST-Alpine ist unbedingt eine leistungsfähige Verkehrsverbindung zwischen den Wirtschaftszentren der Steiermark und Oberösterreich notwendig. Auch kommt der Pyhrnautobahn als östlichste Transver-

sale in Fortsetzung der Linie von Hamburg aus besondere Bedeutung zu. Wir haben daher wiederholt auf die Notwendigkeit eines raschen Ausbaues der Pyhrnautobahn hingewiesen. Um eine rasche Realisierung zu gewährleisten, haben wir auch vorgeschlagen, das Projekt Bosrucktunnel durch die Gleinalmbahn unter Einbeziehung des Landes Oberösterreich als dritten Aktionär zu realisieren. Zuletzt haben wir gemeinsam mit dem Land Oberösterreich im Sommer dieses Jahres nochmals in dieser Frage einen Vorstoß unternommen.

Bezüglich der Südautobahn (Wien—Tarvis), von der in der Steiermark bereits das Teilstück Gleisdorf—Mooskirchen dem Verkehr zur Verfügung steht, war seitens des Bautenministeriums ursprünglich erst für 1995 eine durchgehende Fertigstellung vorgesehen. Wir haben uns mit dieser Lösung befaßt und gemeinsam mit Kärnten entsprechende Vorstöße beim Bautenministerium unternommen, um im Wege einer Vorfinanzierung die Autobahn schon 1985 fertigstellen zu können.

Für die Fertigstellung des im Bau befindlichen Abschnittes der Südautobahn von Mooskirchen bis auf die Päck benötigt die Steiermark noch 2,2 Milliarden Schilling.

Für die Strecke von Gleisdorf bis Hartberg der Südautobahn liegen fertige Detailprojekte über eine Länge von 41,2 km und eine Bausumme von 2,5 Milliarden Schilling vor. Die Einbindung der steirischen Bezirke in diese großen Verkehrslinien ist für uns ebenso ein Anliegen wie die noch notwendigen Sonderwegbauprogramme, um die Verkehrsverbindungen in allen Gebieten zu verbessern. Es ist auch gelungen, den Flughafen Graz fertig auszubauen, so daß damit ein internationaler Standard erreicht ist. Was den Binnenflugverkehr anlangt, so haben wir hier wohl zwei Projekte. Sie wurden offensichtlich in Vorwahlstimmung zum Erliegen gebracht. Wir hoffen aber trotzdem dank gezielter Bemühungen des zuständigen Referenten hier erfolgreich sein zu können.

Gegenwärtig befinden wir uns weiters im Stadium der Verhandlung, betreffend die Schnellbahn zwischen Graz und dem obersteirischen Industriegebiet, den Nahverkehr um Graz und den Massenverkehr in Graz. Erste Schritte wurden bereits gesetzt. Es wird jedoch erforderlich sein, dieses Projekt mit dem Vertrag über einen Verkehrsverbund Bund-Land-Stadt Graz abzuschließen. Das Entscheidende ist, daß wir die Inbetriebnahme der Schnellbahn 1975 durchsetzen.

Im Wohnbau stehen wir vor einer besonders kritischen Situation. Wir laufen Gefahr, daß wir Wohnungen bauen und viele Menschen aus finanziellen Gründen nicht in der Lage sind, diese zu beziehen. Durch die Anhebung des Eckzinsfußes ist ein enormer Kostendruck entstanden. Kleine Einkommensbezieher und vor allem junge Familien können sich heute schon sehr schwer eine entsprechende Wohnung leisten. Für sie versuchen wir, durch Wohnbeihilfen Erleichterungen zu schaffen. Ebenso werden wir den Althausbestand aktivieren. Hiefür stehen, wie Sie wissen, die Mittel zur Verfügung.

Neben der Schaffung von neuem Wohnraum für den zu erwartenden Wohnungszuwachs haben wir auch die Anpassung an die sich wandelnden Quali-

tätsansprüche zu bewerkstelligen. Das Instrumentarium für eine gezielte Wohnungspolitik des Landes umfaßt einerseits die Möglichkeit unmittelbarer Einflußnahme auf Art und regionale Verteilung der Entwicklung des Wohnungsbestandes über die Wohnbauförderung und andererseits mittelbare Beeinflussungsmöglichkeiten über Flächennutzungspläne und die Bauordnung. Es besteht daher ein besonderer Koordinations- und Kooperationsbedarf zwischen der Wohnbauförderung und der staatlichen Raumplanung, um ein optimales Gesamtergebnis für die Bevölkerung zu erreichen.

In der Kultur- und Bildungspolitik ist es unser ständiges Bemühen, das Konzept der Offenheit zu realisieren. Es geht hier weniger um die Suche nach einem breiten Konsens, sondern nach der Vielfalt der Entwicklungen, die die geistige Auseinandersetzung im positiven und nicht im Sinne der Zerstörung in den Vordergrund stellt.

Im Bildungswesen liegen Entwicklungsprogramme für alle Ebenen vor. Soweit wir zuständig sind, werden wir immer wieder mit Sonderprogrammen versuchen, den Raum- und Einrichtungsbedarf zu befriedigen. Daß uns dies auf dem Sektor der Berufsschulen vorbildlich gelungen ist, steht außer Zweifel. Noch offene Vorhaben sind im Bau bzw. stehen vor der Verwirklichung. Auch auf dem Pflichtschulsektor ist das Programm bereits absehbar. Die Spatenstiche bei Bundesschulen, die vor den Wahlen gesetzt wurden, werden — wie ich hoffe — auch durch das mit dem Bund abgesprochene Schulentwicklungsprogramm bis 1980 eine Bereicherung erfahren.

Das Service der Sozialhilfe wird weiter auszubauen sein. Ich nehme an, daß wir bald in der Lage sein werden, das Sozialhilfegesetz zu beschließen und darüber hinaus auch den Pflegedienst für alte und einsame Menschen auszubauen.

Die Einrichtung der Institution der Tagesmütter, die Kinder während des Tages betreuen, scheint mir besonders wichtig und ausbaubedürftig.

Mit dem Kindergartenwesen ist dieses Hohe Haus und die Öffentlichkeit bestens vertraut. Es wird von den Budgets abhängen, was wir in den nächsten Jahren zustande bringen. Jedenfalls muß eines mit aller Deutlichkeit ausgesprochen sein: Der Bund kann sich auf die Dauer der Mitfinanzierung auch dieser Projekte und des laufenden Aufwandes nicht entziehen.

Der Sport hat einen festen Platz in unserer Gesellschaft erobert. Auch bei den Regierungsverhandlungen ist es darum gegangen. Der vorliegende Sportleitplan wird ein weiteres konzeptives Vorgehen ermöglichen. Die Normalausstattung der Gemeinden ist sicher je nach Größenordnung unterschiedlich.

Unser Krankenhauswesen beschäftigt Regierung und Landtag nicht nur zur Budgetzeit, sondern nahezu ununterbrochen. Trotz des Milliardenaufwandes gibt es eine Reihe von Erscheinungen, die auch beseitigt werden müssen. Und dazu bedarf es natürlich auch eines Anwachsendes des finanziellen Bedarfes. Auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Sanitätspersonals stellt neue Anforderungen. Wir sind deshalb übereingekommen, eine Neuordnung des Gesundheitswesens anzustreben, und ich glaube, daß in allen politischen Lagern solche Überlegungen schon angestellt wurden. Und der Entwurf für ein derartiges Gesetz, der sich auf einen selbständigen Wirt-

schaftskörper hin orientiert, wird sicher in absehbarer Zeit aufliegen. Das Problem wird nur dann in den Griff zu bekommen sein, wenn die Ärzteschaft, Politik und Verwaltung und die Patienten durch ihre Vertreter eng zusammenarbeiten. Wir werden, so hoffe ich, bald Gelegenheit haben, diese schwierige Materie auch hier im Hohen Hause zu erörtern.

Schließlich haben wir auch die gesundheitliche Grundversorgung in den Gemeinden sicherzustellen, und zwar zumindest durch einen praktischen Arzt und Mütterberatungsstellen. Die regionalen Zentren bieten darüber hinaus für die fachärztliche Versorgung Standorte, die im Interesse der Bevölkerung gesichert werden müssen. Ferner haben wir die Probleme der Generationen, von jung und alt, zu sehen:

Die drückende Einsamkeit und Hilfslosigkeit der älteren Menschen und das stürmische Vorwärtldrängen der jungen. Unsere Maßnahmen können nur zum Teil diese Probleme lösen. Jedenfalls bilden alt und jung eine eigenständige soziale Gruppe. Die Erwachsenenwelt vermittelt darüber hinaus der Jugend kein stabiles Modell. Es ist daher unsere laufende Pflicht, die junge Generation mit den Bedingungen unseres Daseins vertraut zu machen und sie, wo immer es möglich ist, dafür zu interessieren, wie der Raum der Freiheit erfüllt werden kann und wo die Grenzen liegen.

Mit dem vorher Gesagten habe ich einen kleinen Auszug aus den zu erwartenden Aufgaben gegeben, die entscheidend mitgeprägt werden, noch einmal sei es gesagt, vom Modell der politischen Parteien. Diesem Hohen Hause steht ein umfangreiches Legislativprogramm bevor. Allein 30 Gesetzentwürfe stehen heran und sind zum Teil schon fertiggestellt. Ich nenne das Naturschutz- und das Sozialhilfegesetz, das Berg- und Schiführerwesen, das Katastrophenschutzgesetz, das Kanalgesetz, das Veranstaltungsgesetz, gesetzliche Bestimmungen zum besseren Schutz in Hochhäusern, gesetzliche Bestimmungen für Kinderspielplätze und vieles mehr. Dazu kommen noch die legislativen Verpflichtungen aus der Bundesverfassungsgesetz-Novelle 1974. Und hier treten wir in einen neuen Abschnitt des Verhältnisses Bund und Länder. Es besteht nunmehr verfassungsgesetzlich die Möglichkeit, daß Bund und Länder sowie Länder untereinander in ihrem Wirkungsbereich Vereinbarungen schließen. Man will damit komplette Probleme behandelt sehen. Wir betreten hier Neuland und haben als erstes Bundesland einen solchen Vertrag erarbeitet. Der Herr Bundeskanzler erhielt von mir diesen Vertragsentwurf zugemittelt, der den Zweck verfolgt, mangels des Vorhandenseins einer Bundesraumordnung die Fachplanungen des Bundes mit der steirischen Raumordnung in Übereinstimmung zu bringen. Die dazugehörigen Pläne wurden bereits vorgelegt, so daß konkrete Unterlagen für die zu erwartenden Beratungen verfügbar sind. Ähnliches planen wir auf dem Sektor des Umweltschutzes. Wir haben unser Gesetzgebungswerk weitgehend abgeschlossen und sind auch hier in der Lage, im Vereinbarungswege jene Probleme anzupacken, die grenzüberschreitend gelöst werden sollen.

Wenn ich nun die Bitte um Mitarbeit ausspreche, so wende ich mich an alle Mandatsträger und alle Verantwortlichen im ganzen Land. Ich lade auch die

Beamten und Vertragsbediensteten ein, sich mit den Zielen der Landespolitik zu identifizieren. Die Verbesserung des Instrumentariums in der Verwaltung durch die fortschreitende Automation, durch Rationalisierungsmaßnahmen, durch die Verwaltungsakademie, durch Kosten-Nutzen-Rechnungen und vieles mehr wird uns in die Lage versetzen, sparsam und zweckmäßig zu wirtschaften, damit finanzielle Mittel für das Förderungswesen verfügbar bleiben.

Die große Frage, die man sich heute in der Welt und überall auch in Europa stellt, lautet: Wird es uns gelingen, über dieses Land hinaus den Frieden zu erhalten, besonders den inneren Frieden in Österreich zu sichern? Die Anzeichen sind wechselhaft. Auf jeden Fall besteht kein Grund, den vor uns liegenden Zeiten mit Panik und Pessimismus entgegenzublicken. Wir dürfen dennoch die Probleme der gesamten Menschheit nicht unterschätzen. Je nach dem Standort, ob Industrie- oder Entwicklungsland, haben wir uns mit einem unaufhaltsamen Bevölkerungswachstum, mit Umweltschäden und einer ungenügenden Nahrungsmittelproduktion auseinanderzusetzen. Wir sind auch im Lande nicht einzig und allein auf Expansion ausgerichtet. Wir bemühen uns, auch die Probleme schwieriger Zeiten zu erkennen. Ein Krisenmanagement ist installiert, um in Notzeiten das Erforderliche zu tun. Und auf dem Sektor der Bevorratung haben wir in Zusammenarbeit mit dem Bund bereits Fortschritte erzielt.

In der steirischen Politik haben wir uns daher stets von Illusionen freizuhalten, uns auf gute oder schlechte Zeiten einzustellen und immer daran zu denken, daß das Leben in unserer Steiermark zu allen Zeiten funktionieren muß. Möge der Herrgott uns die Chance geben, daß wir auch die bevorstehenden fünf Jahre glücklich für unser Volk gestalten können! Das ist die große Hoffnung, die sich mit diesem Wahlvorgang, für den ich nochmals danke, verbindet. Und in diesem Sinne begrüße ich Sie noch einmal und bitte Sie um gute und geistliche Zusammenarbeit. (Beifall.)

Präsident: Wir kommen nun zur Wahl der Bundesräte.

Die Steiermark hat neun Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Davon entfallen nach dem Verhältniswahlrecht auf die Österreichische Volkspartei fünf und auf die Sozialistische Partei Österreichs vier Mitglieder. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Von der Österreichischen Volkspartei wurden als Mitglieder vorgeschlagen:

Otto Hofmann-Wellenhof
Edda Egger
ÖR. Johann Pabst

Walter Heinzinger
Eduard Pumpernig

als Ersatzmitglieder:

Heribert Pölzl
Dr. Gertie Pakesch-Kaan
Karl Lackner
Johanna Jamnegg
Prof. DDr. Hans Steiner

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs wurden als Mitglieder vorgeschlagen:

Prof. Dr. Josef Reichl
Leopoldine Pohl
Annemarie Zdarsky
Rudolf Tirnthal

als Ersatzmitglieder:

Gerhard Heidinger
Julie Bischof
Mag. Traute Hartwig
Josef Zinkanell

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Wahlvorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben.

Auch dieser Wahlvorschlag ist angenommen.

Weiters ersuche ich die Klubobmänner um Bekanntgabe, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann Doktor Niederl für die ÖVP das Wort.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder der Österreichischen Volkspartei nehmen die Wahl an.

Präsident: Ich ersuche den Sprecher der Sozialistischen Partei, Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter Sebastian, namens seiner Fraktion um eine Erklärung, ob die gewählten Bundesräte und Ersatzmitglieder die Wahl annehmen.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: Namens der Sozialistischen Partei Österreichs erkläre ich, daß die gewählten Mitglieder und Ersatzmitglieder des Bundesrates die Wahl annehmen.

Präsident: Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Landtagssitzung findet am 19. November 1974 um 9.30 Uhr statt. Da dies die erste Arbeitssitzung sein wird, wird sie mit einer Fragestunde beginnen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende: 11.40 Uhr.)